

Barbara Schinwald, Gitte Cerjak

# 17. Dezember 1995

## - ein Wahltag

Anlässlich der Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 hat das Uni Aktuell den WissenschaftssprecherInnen der derzeit im Nationalrat vertretenen Parteien sieben Fragen zum Thema Bildungspolitik zur Beantwortung vorgelegt. Es antworteten (in alphabetischer Reihenfolge):

- < NR Dr W. Brauner für die F
- < NR Univ Prof Dipl VW Dr D. Lukesch für die ÖVP
- < NR Dr K. Motter für das LIF
- < NR Dr M. Petrovic für die Grünen
- < NR HR Dir Dr J. Stippel für die SPÖ

Die Zusammenfassungen dieser Antworten hat das Uni Aktuell dem TU INFO freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Wir drucken sie hier ab, damit Ihr Euch ein Bild davon machen könnt, wie es weitergehen könnte, wenn die Koalition XY zustandekommt. Diese Wahlen werden die Universitätspolitik der nächsten Zeit doch in großem Maße mitbestimmen.

### Wie können Sie sich eine zukünftige Regelung der Familienbeihilfe vorstellen?

"Eine Streichung der Familienbeihilfe ab 19 Jahren - wie dies die SPÖ vorgeschlagen hat - kommt für mich nicht in Frage", meint **Lukesch** (ÖVP). Er sei vielmehr stolz darauf, daß die ÖVP



Dieter Lukesch (ÖVP)

(c) frischebild Ges.m.b.H

eine Altersstaffelung der Familienbeihilfe durchsetzen konnte. Sein Vorschlag zu einer gerechten Regelung bei der Familienbeihilfe für Studenten wäre eine

Begrenzung auf 25 Jahre plus, je nach durchschnittlicher Studiendauer, zwei oder drei zusätzliche Toleranzsemester, ähnlich der Regelung im Studienförderungsgesetz.

Die bereits angesprochene SPÖ bzw ihr Wissenschaftssprecher **Stippel** spricht sich jedoch auf unsere Anfrage hin für eine Beibehaltung des Status quo und somit gegen Kürzungen aus.

Die Grünen lehnen eine Streichung der Familienbeihilfe ab und halten auch das derzeit diskutierte Modell, nach dem die Familienbeihilfe nur mehr für die Mindeststudiendauer plus ein Semester ausbezahlt werden soll, für realitätsfremd, da die Studien doch durchschnittlich mit 28,3 Jahren beendet würden. **Petrovic** tritt daher für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung ein.

Auch die Freiheitlichen können sich keine Änderung der Familienbeihilfe in Hinblick auf Studierende vorstellen.

Einzig das Liberale Forum spricht sich für eine gänzlich neue Regelung aus. **Motter** hält es für sinnvoll und notwendig, bei den direkten Transferleistungen im Familienbereich auf die Einkommenssituation zu achten. Nur wenn die Eltern aufgrund ihres Einkommens ein von Geschwisteranzahl und Alter abhängiges Existenzminimum für ihre Kinder nicht aus eigenen Kräften leisten könnten, stünde ihnen eine staatliche Beihilfe in der Höhe der Differenz zu. So würden die zur Verfügung stehenden Mittel zielgerecht zum Einsatz kommen und gewährleistet sein, daß für jene genug vorhanden sei, die es wirklich benötigten.

### Welche Position nimmt Ihre Partei zu Studiengebühren ein?

Grundsätzlich abgelehnt werden Studiengebühren von der SPÖ und von den Grünen. Letztere wollen die Möglichkeit des Hochschulbesuchs keinesfalls von den Einkommensverhältnissen der Eltern abhängig sehen.

Die ÖVP denkt laut über Studiengebühren nach. Ihrer Meinung nach sollte das Thema nicht tabuisiert werden, vielmehr sollte man mit den Studierenden in Ruhe über Zielsetzung und Verteilung diskutieren. Eine soziale Staffelung sei jedoch unabdingbar, der freie Hochschulzugang dürfe nicht durch einen sozialen numerus clausus gefährdet werden.

Eine Einführung von Studiengebühren zum Stopfen von Budgetlöchern wird vom

Liberalen Forum deutlich abgelehnt. Über die Notwendigkeit von Studiengebühren als Ausgleich im Sinne sozialer Gerechtigkeit läßt sich seiner Ansicht nach erst diskutieren, sobald konkrete Modelle vorliegen.

Die Freiheitlichen sind gegen Studiengebühren innerhalb der Normalstudienzeit, sehr wohl jedoch bei Studienzeitüberschreitung,



Willy Brauner (FPÖ)

wobei über Details noch zu sprechen sei. Es solle in Hinblick auf die Universitätsautonomie keine staatliche Studiensteuer geben, sondern einen im Bereich der Autonomie (Universität/Fakultät) festzusetzenden Solidaritätsbeitrag mit Zweckbindung für Studierende - dies allenfalls auch ab dem dritten Semester (nach einer "Gratis-Eingangsphase").

### Wie soll ein zukünftiges Finanzierungsmodell für Universitäten aussehen?

"Ein zukünftiges Finanzierungsmodell sollte so differenziert sein, daß es nicht in zwei Sätzen darstellbar ist", meint dazu **Motter** (LIF). Jedenfalls sollte der Autonomie der einzelnen Universitäten höchste Priorität eingeräumt werden.

Konkretere Vorstellungen hat da schon die ÖVP. Ihrer Meinung nach gelten hierbei zwei wesentliche Eckpfeiler. Einerseits die staatliche Grundausstattung, denn "Bildungsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft, in die Ausbildung und Chancen der Jugend, aber auch in die Forschungs- und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs" (**Lukesch**), sowie eine Drittmittelfinanzierung andererseits. Diese könne nur erreicht werden, indem man den Instituten und Universitäten den - auch rechtlichen - Spiel-

raum gebe, sich selbst um Finanzierungsmöglichkeiten umzuschauen. International gesehen gebe es dafür viele erfolgreiche Beispiele.



**Madeleine Petrovic (G)**

Die Grünen würden sich hinsichtlich der Drittmittelfinanzierung mehr Transparenz und eine größere Autonomie der Universitäten auch in Finanzfragen wünschen.

Da diese Fin-

anzierungsform in Österreich jedoch nur eine marginale Größe (etwa 2,6%) ausmacht, wird es auch weiterhin die Aufgabe des Staates sein, die Universitäten zu finanzieren.

"Bildung ist eine gesellschaftliche, daher staatliche Aufgabe", meint **Brauneder**, daher könne es keinen Rückzug aus der Universitätsfinanzierung geben. Für Private sollte es jedoch nach Ansicht der Freiheitlichen wesentliche steuerliche Erleichterungen bei Forschungsfinanzierung und Studienstipendien geben.

Den Vorstellungen der SPÖ zufolge sind Universitäten auch zukünftig weitestgehend von öffentlicher Hand zu finanzieren. Privat-(Elite-) Universitäten seien laut **Stippel** abzulehnen.

### Wie kann Ihrer Ansicht nach der freie Hochschulzugang für die Zukunft gewährleistet werden?

Für den freiheitlichen Wissenschaftsprecher kommt weder numerus clausus noch Aufnahmeprüfung in Frage. Auch Anfangsstudiengebühren seien nicht geplant. Sein Wunsch wäre es, die Studien so zu gestalten, daß Studierende spätestens nach dem zweiten Semester erkennen können, ob eine Studienfortsetzung sinnvoll sei. Dazu sollte auch eine bessere Vorschulung durch die AHS beitragen.

Nach Ansicht **Motters** darf es bei den nächsten Wahlen keine Mehrheit für eine ÖVP-F-Koalition geben. Die konservativ-elitären Bildungskonzepte der genannten Parteien hält **Motter** für die derzeit größte Bedrohung eines freien Hochschulzugangs.



**Johann Stippel (SPÖ)**

würden den freien Hochschulzugang gegenüber ÖVP und Freiheitlichen garantieren, da diese "offen über die Einführung eines numerus clausus reden" (**Stippel**).

**Lukesch** selbst bezeichnet sich als "dezielter Gegner jeder Art von numerus clausus oder Zwangsbeschränkung". Er hält es jedoch für wichtig, die Informations- und Orientierungsphase am und vor Studienbeginn zu verstärken und auch die Möglichkeit zum Studienwechsel flexibler zu gestalten. So könnten Fehlvorstellungen vom Studium frühzeitig korrigiert werden. Weniger Drop-Outs, höhere Absolventenzahlen und effizientere Universitäten würden nach Meinung der ÖVP den freien Hochschulzugang am besten gewährleisten.

Die Grünen sehen Einsparungen im Bildungsbereich als den falschen Weg bei der Budgetkonsolidierung, da dadurch die Zukunftschancen der heutigen Jugend beschnitten würden.

### Unabhängigkeit von Forschung und Lehre - ein Wert, der weiterhin gesichert werden soll?

"Ganz bestimmt" ist die kurz-bündige Antwort des sozialistischen Bildungspredigers **Stippel**.

Die Freiheitlichen sehen den Zusammenhang von Lehre und Forschung unabdingbar für das Niveau der Lehre sowie für den Forschungsnachwuchs. Daher sei eine strikte Unabhängigkeit von Forschung und Lehre im Sinne einer Autonomie analog zur Marktwirtschaft nötig.

Für **Petrovic** ist die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre ein demokratischer Grundwert und soll weiterhin gesichert sein. Dies bedeute aber ihrer Meinung nach auch, daß nicht nur ökonomische "Profitbereiche" (Gentechnologie, Kernfusion etc) dominie-

Auch die SPÖ hält ein Wahlergebnis am 17.

Dez., welches sicherstellt, daß ohne sie nicht regiert werden kann, für unabdingbar.

Die Sozialdemokraten

ren sollen, sondern daß der Staat bewußt Anreize zur Non-Profit-Forschung (z.B. Risiken der Gentechnologie, alternative Energiequellen) bietet.

**Lukesch** kennt niemanden, der die Sicherstellung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre ernsthaft in Frage stellt. Der Artikel 17 des Staatsgrundgesetzes von 1873 reiche als Garant für die Freiheit von Wissenschaft und Lehre auch weiterhin aus. Eine Freiheit ohne Verantwortung sei für ihn jedoch schwer vorstellbar, und zur Einforderung dieser Verantwortung könne man in Österreich noch einiges machen.

Auch das Liberale Forum hält die Sicherung der Unabhängigkeit von Lehre und Forschung für eine Selbstverständlichkeit. "Als bewährtes Mittel zur Absicherung" empfiehlt dessen Wissenschaftssprecherin, "eine starke liberale Kraft in der Parteienlandschaft, beispielsweise das Liberale Forum".

### Was soll Ihrer Meinung nach eine Universität in Zukunft leisten bzw. bieten?

Für **Brauneder** sollen die Universitäten der Zukunft Stätten eines "abrufbaren Wissens und der zukunftsorientierten Forschung" sein. An den Unis sollen Forschungsausbildung und damit im Zusammenhang wirtschaftliche Berufsausbildung geboten werden.

Für die Liberalen soll die Universität der Ort sein, an dem eine Gesellschaft über sich selbst nachdenkt. Reflexionsfähigkeit und



**Klara Motter (LIF)**

Neugier dürften nicht verlorengelassen. Gleichzeitig dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß der Strukturwandel der Wirtschaft in Verbindung mit einem verschärften internationalen

Wettbewerb dazu geführt hätte, daß ein hoher Standard von Wissenschaft, Forschung und Technologie wahrscheinlich zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor in der internationalen Arbeitsteilung geworden

ist. "In einem modernen Wirtschaftssystem müssen die Universitäten für ein hohes Qualifikationsniveau sorgen, um die Innovationskraft und damit die Wettbewerbsstärke aufrecht zu erhalten", so **Motter**.

Auch die ÖVP vertritt den Standpunkt, daß der internationale Aspekt in Zukunft stärker in den Vordergrund treten müsse. Zudem sollten die Universitäten das intellektuelle, kritische Gewissen der Gesellschaft, Institutionen der Bildung, Zentren der Forschung und des Fortschritts und die berufsvorbereitenden Bildungsstätten für die Jugend sein.

Darüber hinaus glaubt **Lukesch**, daß sich die Universitäten mehr um ihre Absolventen kümmern und verstärkten Kontakt zu ihnen und der Praxis halten sollte, sie einbinden und mitreden lassen sollte, um aus ihren Erfahrungen lernen zu können.

Nach Meinung der Grünen sollten sich die Universitäten stärker als bisher den zentralen Fragen der Gegenwart zuwenden und auch "Gegenforschung" betreiben, eine Forschung also, die dort Antworten sucht, wo herkömmliche, von der Industrie finanzierte Forschung nicht sucht: Antworten etwa auf die ökologische Herausforderung, die des kommenden Informationszeitalters oder die der großen MigrantInnenströme.

Der Ansicht der SPÖ zufolge sollten die Universitäten die Voraussetzungen dafür bieten, daß die Studierenden kürzer, dabei jedoch effizienter studieren können. Die Grundlagen dafür seien eine Novellierung der Studiengesetze, bessere Nutzung vorhandener Ressourcen, vielleicht sogar eine Einteilung des Studienjahres in Trimester.

### Sollen Österreichs Universitäten verstärkt internationalisiert werden?

"Gerade für Kleinstaaten wie Österreich", meint **Petrovic**, "ist ein gutes Hochschulwesen von strategischer Bedeutung im internationalen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf". Österreichs Hochschulen müßten daher verstärkt Anschluß an internationale Entwicklungen suchen. Dies bedeute auch die sofortige, von den Grünen seit langem geforderte und immer wieder urgierte Einführung des passiven Wahlrechtes für ausländische Studierende bei den ÖH-Wahlen.

Auch **Stippel** hält eine Internationalisierung der Hochschulen für unbedingt erforderlich.

Laut Meinung der ÖVP sollte die Internationalisierung der Hochschulen auf zwei Ebenen stattfinden: einerseits hinsichtlich der Forschung und des Wissensaustauschs, andererseits auch auf Studentenebene. Viele erfolgreiche Ansätze gebe es ja bereits, sie müßten jedoch in Zukunft noch ausgebaut werden.

Auch das Liberale Forum sieht es für selbstverständlich an, die österreichischen Hochschulen verstärkt zu internationalisieren.

Für die Freiheitlichen sehen die Verbesserungen wie folgt aus: eine großzügigere Anrechnung von Auslandsstudien sowie eine Steigerung des Angebotes an Gastprofessoren (nicht zuletzt auch durch einen besseren Austausch) und schließlich ein Anrecht auf Freisemester zu Forschungszwecken, insbesondere auch für Auslandsforschung.



Das hier ist eine untendenziöse Zusammenschau der gefaxten Antworten der Bildungssprecher. Wenn der Eindruck entsteht, daß auf die Meinungen einiger Parteien mehr eingegangen wird als auf die der anderen, liegt das nur an der Ausführlichkeit der Beantwortung, was möglicherweise Rückschlüsse darüber erlaubt, wie wichtig die Studierenden genommen werden.

### Bei genauer Lektüre fallen einige Widersprüche auf:

**Auf die Frage 1** (Familienbeihilfe) antwortet Stippel knapp: "Beibehaltung des Status quo - also keine Kürzungen." Dazu eine Information aus dem Kanzlerprogramm der SPÖ: Familienbeihilfe für Studenten auf Regelstudiendauer beschränken. Vereinheitlichung der Familienbeihilfe auf mittlerem Niveau durch Abschaffung der Altersstaffel.

Die F antwortet zur **zweiten Frage** (Studiengebühren), daß sie gegen eine Einführung derselben innerhalb der "Normalstudienzeit" (Mindeststudiendauer? Stipendienbemessungsdauer? Durchschnittsdauer?) sei, und meint damit eine staatliche Studiensteuer, spricht aber von einem "Solidaritätsbeitrag ... allenfalls ... ab dem dritten Semester" - was im Endeffekt auf dasselbe hinausläuft, nämlich: zahlen bitte.

**Frage 4: Freier Hochschulzugang:** Die Bildungssprecher von LIF und SPÖ treten in schöner Geschlossenheit wahlwerbend als Garanten für einen freien Hochschulzugang gegenüber einer möglichen ÖVP-F-Koalition auf, da diese beiden Parteien "offen über einen numerus clausus reden" (Stippel). Der Bildungssprecher der ÖVP dagegen versichert, selbst "dezidiertter Gegner jeder Art von numerus clausus" zu sein.

Vielleicht ist die Lösung dieses Widerspruchs ja in dem Wörtchen "selbst" zu finden. Andererseits ist Dr Lukesch nicht als Privatperson, sondern als Bildungssprecher seiner Partei befragt worden.

### Abschließend eine Notiz aus den Salzburger Nachrichten vom 27.10.95:

"Die von der ÖVP geplanten Studiengebühren werde man nicht durch höhere Stipendien ausgleichen können. Dies erklärte Wirtschaftsminister Johannes Ditz..." und "Der "Schüssel-Ditz-Plan" sieht eine sogenannte "Immatrikulationsgebühr" am Beginn des Studiums vor. Als Untergrenze dafür nannte Ditz S 5.000,--"